

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Preisdruckliste  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 50.

Mittwoch, 1. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Die jährliche Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der besten Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Postträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Abgaben-Ausnahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Reichshofstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Von dem Königl. Landhauamt zu Wörlitz sind eine Anzahl Exemplare der Broschüre „Dreizehnte Mitteilung an die sächsischen Pferdebesitzer pro 1892“ anher gelangt.

Landwirthe und Pferdebesitzer bez. Pferdebesitzer im hiesigen Verwaltungsbezirke können diese Truchschrift an hiesiger Kanzlei, soweit der Vorrath reicht, unentgeltlich entnehmen. Großenhain, den 23. Februar 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

684 E.

v. Wiludi.

Mte.

## Bekanntmachung.

Der auf Sonnabend, den 8. April 1893 angelegte Viehmarkt findet, nachdem das Verbot der Abhaltung von Viehmärkten wieder aufgehoben worden ist, statt. Riesa, den 28. Februar 1893.

Der Stadtrath.  
Röber.

## Bekanntmachung.

Für die Feuerwehr sollen im Verdingungswege 60 Stück dunkle Tuchjoppen und 40 Stück blau-weiß gestreifte Leinwandblusen angeschafft werden. Es wollen Bewerber um diese Lieferung ihre Preisofferten nebst Stoffproben bis 4. März cr. bei dem Stadtrath einreichen.

Nähere Auskunft ertheilt Unterzeichneter, wofür auch Probestücke zur Einsicht liegen. Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Riesa, am 1. März 1893. J. K.

Das Feuerwehrcommando.  
Otto Schumann.

## Anzeigen

für das „Riesner Tageblatt“ erbitten uns bis spätestens Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabejahres.

Die Geschäftsstelle.

## Tagesgeschichte.

Die „unabhängigen Socialisten“ setzen hin und wieder den „Fraktionellen“ derb zu und sagen ihnen harte aber zumeist zutreffende Wahrheiten. Am letzten Sonntag hatten die „Unabhängigen“ in Berlin wieder eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen veranstaltet, die von etwa 1200 Personen besucht war. In mehr als dreistündiger Debatte beschäftigte man sich mit der Socialdemokratie und dem Zukunftsstaate. Den einleitenden Vortrag hielt der leitende Redakteur des „Socialist“, cand. phil. Gustav Landauer. Die Redner der Unabhängigen wurden von den Fraktionellen, diese von den Unabhängigen oft lärmend unterbrochen. Die Anarchisten waren nur in geringer Anzahl vertreten. Herr Landauer betrachtete die Reichstagsdebatte als eine Vorbereitung zu den Wahlen; die Angriffe hätten nicht der fraktionellen Socialdemokratie, sondern dem echten Socialismus gegolten. Die Führer der Fraktionellen seien geradezu verblüfft gewesen, als sie hätten Farbe bekennen sollen. So nahm wie während der Debatte sei die Socialdemokratie noch nie ausgetreten. Wenn die Gegner den Zukunftsstaat als Zuchthaus bezeichneten, so hätte man doch das Gegentheil beweisen müssen. Wie schon heute in der offiziellen Socialdemokratie Korruption und Diktatur herrschen, so würden sie auch im Zukunftsstaate herrschen. Die Gewerkschaftsbewegung, die allein zum Ziele führe, hätten die Abgeordneten verpöfcht. (Großer Lärm.) Die heutigen socialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen seien nicht mehr revolutionär, sondern auf dem Dirsch-Duncker'schen Standpunkte angekommen. (Erneuter Tumult.) Wenn man den Erfolg bei den Gewerkschaftswahlen als Sieg in die Welt hinausposaune, so sei das wiederum ein Zeichen des Rückschrittes, ein Beweis mehr, daß man mit dem Kapital verhandeln wolle. (Fortgesetzter Lärm.) Die Führer schraubten die Bewegung rückwärts, weil sie ihnen über den Kopf zu wachsen drohte. Wenn sie sich trotzdem das revolutionäre Mantelchen umhängten, so sei das pure Heuchelei. Die socialdemokratische Partei sei weit mehr bankrott als alle bürgerlichen (Großer Lärm), sie sei nichts weiter mehr als eine demokratische Parlamentspartei, die die anderen zu verdrängen suche, selbst aber das Volk ebenso beschwindle, wie alle anderen. Ein Herr Hoffmann sprach antisemitisch. Die Juden führten sammt und sonders das deutsche Volk an der Nase herum. Sie schächerten und wucherten und Arbeiten sei ihnen ein Fremdwort. (Beifall und lärmender Widerspruch.) Redner mußte wegen anhaltenden Lärmes abtreten.) Für die Fraktionellen traten u. a. die Herren Brand, Dr. Vötgenau und Manasse ein, für die Unabhängigen Lapezierer Feder, Metallarbeiter Eifin und andere. Herr Eifin führte aus, wie sich die großen Führer der Literatur bemächtigt hätten; die Kleinen machten Kneipen auf. „Wer nicht an die Führer und ihren Zukunftsstaat glaube, der sei ein Keyer.“ — Man muß anerkennen, daß in dem Gesagten viel Nichtiges enthalten ist, indeß wäre es falsch, daraus auf einen ernstlichen Zwiespalt im socialdemokratischen Lager zu schließen, man wird gegebenen Falls sich schnell wieder die treue „schwieleige“ Bruderhand reichen.

Deutsches Reich. Wie man glaubt, werden sich die Arbeiten der Militärcommission bis kurz vor Ostern

hinziehen, so daß die zweite Lesung der Vorlage erst nach Ostern stattfindet.

Die preuß. Minister des Innern, der Justiz und der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten haben den Antrag des Berliner Magistrats auf beschränkte Zulassung der Feuerbestattung abgelehnt. Gleichzeitig ist das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg ersucht worden, dem Oberbürgermeister Jelle aufzugeben, falls dennoch die Gemeindebehörden von Berlin sich ansuchen sollten, die Feuerbestattung auszuüben, dies im Kommunal-Aufsichtsweg zu verhindern.

In Süddeutschland regt sich ein sehr starker Widerspruch gegen die Einzelheiten des dem Bundesrathe zugegangenen Entwurfes eines Reichsseuchengesetzes. So richten die hygienischen Vereine Stuttgarts eine Bittschrift an den Reichstag, den Entwurf abzulehnen, falls er nicht schon im Bundesrathe eine gründliche Aenderung erfahren sollte, und einem Besetze zur Verbesserung der vorbeugenden Gesundheitspolizei des Reichs nach dem Muster englischer Besetze zuzustimmen. Die Seuchepolizei solle für Reinlichkeit sorgen, die in Deutschland vielfach noch zu wünschen lasse. Auch von Bayern steht ein Waffengesetz in ähnlichem Sinne zu erwarten, falls der Belegentwurf im wesentlichen die Zustimmung des Bundesraths erhalten sollte. Jedenfalls ist schon so viel unzweifelhaft, daß diese Vorlage zu sehr umfassenden Erörterungen im Bundesrathe und Reichstage führen wird. Doch giebt die noch immer drohende Cholera-gefahr eine gewisse Gewähr dafür, daß trotzdem noch in der gegenwärtigen Tagung des Reichstags ein Reichsseuchengesetz, wenn auch mit durchgreifenden Aenderungen des dem Bundesrathe vorliegenden Entwurfs, zu Stande kommen wird.

Zur künftigen Stichwahl empfiehlt Rechtsanwalt Ballast, der Führer der Konservativen, die im ersten Wahlgange für den Grafen von Rothkirch gestimmt hatten, seinen Gesinnungsgenossen Wahlenthaltung. Der „Vorwärts“ giebt für die Sozialdemokraten die Parole aus, freisinnige Stimmzettel abzugeben. Alswardt ist im Wahlkreise eingetroffen und hat die Agitation für den antisemitischen Stichwahlkandidaten begonnen.

Vom Major von Wissmann sind der „Kriegs.“ zufolge weitere Privatmittheilungen gelangt, welche vom 31. December datiren, also drei Tage länger sind, als die von Frankfurt ans verbreiteten. Zunächst meldet darin der Reichskommissar nicht, daß er schon am Nyassa angekommen sei, sondern daß er diesen See in wenigen Tagen zu erreichen hoffe. Ferner ist in diesem Schreiben nichts von einer großen Niedergeschlagenheit und von schlimmen Befürchtungen zu merken. Allerdings erklärt Wissmann auch darin, daß sein Gesundheitszustand kein normaler sei; doch giebt er der Hoffnung bestimmten Ausdruck, daß er den Tanganjika noch erreichen werde.

Vom Reichstag. Der Reichstag begann gestern die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes; aber von Dingen, die zur Zuständigkeit dieses Amtes gehören, wurde wenig gesprochen. Der Abg. Scipio empfahl eine Ausbarmachung der Konjula für den Handel, namentlich empfahl er die Erhaltung fortlaufender Berichte über den Kaffee, wie dies in Bezug auf andere Artikel schon geschehe. Dagegen erhoben der Staatssekretär von Marschall und der Abg. Bamberger Bedenken, weil die Konjula nicht in den

Dienst der Privatinteressen gestellt werden könnten. Auf eine fernere Anfrage des Abg. Scipio wegen der angeblichen Waffenlieferungen seitens deutscher Firmen nach Dahome erklärte der Staatssekretär von Marschall, daß in zwei Fällen die Schließung von Factorien auf Betreiben der Regierung wieder aufgehoben sei; in einem Falle sei sie aber aufrecht erhalten. Abg. Lucius (Mp.) regte eine nachdrückliche Vertretung deutscher Interessen in Portugal an. Die Abgg. Barth, Veibel und Baumbach empfahlen die Einführung internationaler Schiedsgerichte, in Bezug worauf der Staatssekretär von Marschall erklärte, daß von Amerika ein Beschluß des Kongresses hierher mitgetheilt sei, daß aber Deutschland keine Stellung dazu genommen habe; es sei aber bereit gewesen, in einzelnen Fällen solche Schiedsgerichte anzunehmen. Im Uebrigen bewegte sich die Debatte, von dem russischen Handelsvertrage ausgehend, auf dem Gebiete der agrarischen Forderungen: Doppelwährung, Aufhebung des Identitätsnachweises, Festhaltung der Schatzkölle u. s. w. Graf Mirbach und Abg. v. Kardorff vertraten diese Forderungen, denen Graf Caprivi nicht gerade entgegentrat; er ging sachlich darauf nicht ein, sondern stellte nur fest, daß Graf Mirbach in Bezug auf die Aufhebung des Identitätsnachweises keinen festen Standpunkt vertrete; einmal verlange er die Beibehaltung des Differentialzollens gegen Rußland, weil der Identitätsnachweis bestehe, das andere Mal meint er, der Differentialzoll könne fallen, wenn der Identitätsnachweis aufgehoben werde. Das Gehalt des Staatssekretärs wurde bewilligt; im Uebrigen wurde der Etat ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Italien. Nach der „Tribuna“ ist die außerordentliche Bankunteruchung jetzt beendet. Das Ergebnis soll folgendes sein: Der Fehlbetrag der Banca Romana beträgt 42 Millionen; die Bilanz weist 110 Millionen gegen 152 Millionen Schuldtitel auf. Die Bank von Sizilien hat 6, die Bank von Neapel für 10 Millionen „notleidende“ Wechsel; die Banca Nazionale hat weniger, dafür aber andere unsichere Werthe. Zugleich mit dem Inspektionsbericht soll der Kammer das neue Bankengesetz vorgelegt werden.

Frankreich. Nachdem die Kammer schon die Vivree-steuer (20 Mark für jeden Diener) beschlossen hat, ist ihr nun auch der Antrag zugegangen, den Adelstitel zu besteuern.

England. Gegen die Homerulebill sträuben sich die evangelischen Einwohner der Provinz Ulster mit allen Kräften. Nach einer Meldung aus Belfast wurde beschlossen, von Ulster 10000 Vertreter nach London zu senden, um auf dem Trafalgar Square ein Protestmeeting gegen die Herstellung eines irischen Parlaments abzuhalten. Bei einer am 2. März in Belfast abgehaltenen Massenversammlung wird der Beschluß gefaßt werden, der Herstellung des irischen Parlaments jeden möglichen Widerstand zu leisten, dessen Besetze nicht anzuerkennen und die Steuerzahlung zu verweigern.

Portugal. Den Lissaboner Blättern zufolge beschäftigt die Regierung demnächst neue Verhandlungen bezüglich der auswärtigen Schuld einzuleiten, um bei dem Wiederauftritt der Cortes einen neuen Entwurf an Stelle des von dem früheren Ministerpräsidenten Diaz Ferreira vorgelegten einzubringen.

Balkanstaaten. Nach in Belgrad eingetroffenen